



WID - Kompakt Nr. 17/92

1. **Persönliche Pflegemanager**
 2. **Ausstattung und Ausbildung des Kommunalen Vollzugsdienstes**
 3. **Einsatz von Drohnen im Steillagenweinbau**
 4. **Begabtenförderung an rheinland-pfälzischen Schulen**
 5. **Berichtsanhträge für die Landtagsausschüsse**
-

1. **Persönliche Pflegemanager**

Wie steht es um das Projekt „**persönliche Pflegemanager**“? Dieser Frage möchte die Fraktion der CDU mit einer Großen Anfrage nachgehen (Drs. 17/8448). Die Fraktion interessiert unter anderem, welche Aufgaben die vorhandenen Pflegekräfte bereits wahrnehmen, wie diese fortgebildet werden und wie viele neue Pflegekräfte planmäßig eingestellt werden sollen. Zudem strebe man eine genaue Aufklärung über den im Haushalt eingestellten Betrag von 784 000 Euro sowie eine Übersicht über weitere Kostenträger an. Ziel sei es, ein Bild vom aktuellen Stand des Projektes anzufertigen, in das die Kosten und andere organisatorische Zahlen und Fakten, aber auch die **räumliche Abdeckung** und das Datum der Fertigstellung einbezogen werden sollen.

2. **Ausstattung und Ausbildung des Kommunalen Vollzugsdienstes**

Im Moment gebe es keine Bestrebungen, die **Ausbildungsdauer** der Kommunalen Vollzugskräfte zu verlängern, aber man sei offen für Verbesserungsvorschläge, das betont die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/8371). Die Ausbildung nehme bereits einen Zeitraum von 10 Wochen in Anspruch und sei in der Vergangenheit modernisiert worden. Zudem habe man die Zahl der Ausbildungsplätze von 30 auf 50 erhöht. Auch eine **erweiterte Ausrüstung** der Kommunalen Vollzugsbeamten, beispielsweise mit Tasern, einem Blaulicht für die Einsatzfahrzeuge oder dem Zugriff auf den BOS-Digitalfunk (Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) sei nicht geplant. Ausrüstung und **Befugnisse der Vollzugskräfte** seien bereits ausreichend, um die Bewältigung der für sie vorgesehenen Aufgaben sicherzustellen. In ernsteren Fällen solle die Ordnungsbehörde die Polizei um Amtshilfe bitten, da die Polizeibeamten durch ihr 3-jähriges Studium versierter im Umgang mit **Gefahrensituationen** und zudem befugt seien, im Notfall Waffen, die einen erheblichen Grundrechtseingriff darstellen (z. B. Schusswaffen oder Taser), einzusetzen. Insgesamt müsse auch nach wie vor eine klare Trennlinie zwischen den Aufgaben der Kommunalen Vollzugskräfte und denen der Polizeibeamten gezogen werden.

3. **Einsatz von Drohnen im Steillagenweinbau**

Der Einsatz von Drohnen zur Ausbringung von **Pflanzenschutzmitteln** aus der Luft ist nur im engen Rahmen des **Pflanzenschutzrechts** möglich, erklärt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/8381). In einem aktuell stattfindenden Forschungsprojekt sei die Anlagerung der mit einer Drohne ausgebrachten Pflanzenschutzmittel an die Blätter der Reben mit vergleichbarer biologischer Wirkung wie beim Einsatz eines bemannten Großhubschraubers in Steillagen bestätigt worden. Außerdem seien je nach Einsatzzweck der Drohnen neben dem **Luftfahrtrecht** weitere Rechtsvorschriften einzuhalten. So seien etwa bei der Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln die sehr restriktiven Bestimmungen des Pflanzenschutzrechts zu beachten. Besonderes Augenmerk liege außerdem auf der Erfassung der für die Anerkennung von Drohnen als **Pflanzenschutzgerät** notwendigen Daten. So sei bereits die dynamische Arbeitsbreite der verwendeten Drohnen und die Querverteilung der ausgebrachten Spritzbrühe mit verschiedenen Düsenstellungen ermittelt

worden. Das Forschungsprojekt sei bis zum 30. Juli 2020 durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft genehmigt worden.

4. Begabtenförderung an rheinland-pfälzischen Schulen

Hochbegabte Schülerinnen und Schüler müssen gezielter gefördert werden, so die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/8365). In der nahen Vergangenheit sei bereits ein weiteres Projekt zu diesem Zweck mit Namen „**Leistung macht Schule**“ (LemaS) vom Land in **Kooperation mit der Karg-Stiftung** ins Leben gerufen worden. In enger Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Landesinstitut habe man bereits 25 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren speziell für die **Hochbegabtenförderung** ausgebildet. Diese würden soweit möglich alle Schulen, die um Hilfe bitten, unterstützen, seien jedoch vor allem an den 17 ausgewählten Pilotschulen des **LemaS-Projekts** eingesetzt. Im Gegensatz zu den konventionellen Förderprogrammen für Hochbegabte unterrichtete man diese an den LemaS-Schulen nicht von den anderen Schülern getrennt in homogenen Gruppen, sondern im „normalen“ Klassenverband. Ziel sei es, durch bessere Aus- und Fortbildung des Lehrpersonals Hochbegabung im Regelunterricht effektiver zu diagnostizieren und gezielt zu fördern. Zu diesem Zweck gebe es auch intensive Netzwerktreffen zum Austausch der Schulen untereinander, zusätzliche Anrechnungsstunden für die Schulen und neue, speziell von Wissenschaftlern für Hochbegabte erstellte Arbeitsmaterialien. Auch wenn man damit Neuland betrete, erfreue sich das Projekt bereits großer Beliebtheit und werde dann 2022 von der Pilot- in die Transferphase übergehen, auf die dann eine **flächendeckende Übernahme** folgen solle.

5. Berichtsansträge für die Landtagsausschüsse

Zur Behandlung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung stehen unter anderem folgende Anträge an:

- Die Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN interessieren sich für die Inhalte und die zentralen Ergebnisse der am 14. und 15. Februar 2019 in Mainz stattgefundenen **Fachtagung „Antisemitismus als Herausforderung politischer Bildung“** (Vorlage 17/4474). Aus diesem Grund haben die Fraktionen einen gemeinsamen Berichtsantrag eingebracht, der in der nächsten Sitzung des Ausschusses behandelt werden soll.
- Die Fraktion der CDU hat das Thema **„Auswirkungen des Kita-Zukunftsgesetzes auf Spiel- und Lernstuben“** auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses setzen lassen (Vorlage 17/4377). Spiel- und Lernstuben seien Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf. Im Entwurf des Kita-Zukunftsgesetzes würden Spiel- und Lernstuben nicht mehr besonders erwähnt. Die Fraktion interessieren insbesondere die für die Arbeit der Einrichtungen möglichen räumlichen und personellen Konsequenzen.
- Ein Berichtsantrag der Fraktion der AfD beschäftigt sich mit der **Erfassung von Gewalt gegen Lehrer** (Vorlage 17/4460). Bereits im August 2018 habe die Landesregierung erstmals mitgeteilt, dass die Aufsichts- und Dienstleistungsbehörde (ADD) plane, diesbezügliche Gewaltvorfälle unabhängig von der Polizeilichen Kriminalstatistik zu erfassen. Die antragstellende Fraktion interessiert sich unter anderem dafür, ob zu diesem Thema Gesprächsrunden stattgefunden hätten, inwieweit Lehrerverbände in die Überlegungen eingebunden seien und bis wann mit einer Entscheidung zu rechnen sei.
- Die Landesregierung beabsichtigt, in der nächsten Sitzung des Ausschusses über das Thema **„DigitalPakt Schule – Umsetzung in Rheinland-Pfalz nach erfolgter Änderung des Grundgesetzes“** zu berichten (Vorlage 17/4466).